

**Stadt Karlsruhe  
- Ortsverwaltung Neureut -**

## Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **26. November 2019** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **20.50** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

---

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Achim Weinbrecht**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **20** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Schrifführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Thomas Jäger  
Rechnungsamtsleiter Axel Grether  
Bauamtsleiterin Patricia Lüking**

**Zu TOP 1:** **Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup,  
Stadt Karlsruhe**

**Zu TOP 2:** **Eva Gröger-Kaiser, Direktorin Gymnasium  
Neureut**

**Zu TOP 4:** **Alexander Bantz, Zentraler Juristischer  
Dienst, Stadt Karlsruhe**

---

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass  
1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **12.11.2019** ordnungsgemäß eingeladen, und  
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **14.11.2019** ortsüblich  
bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:  
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen  
Tagesordnungspunktes festgestellt.

\*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert  
mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Einleitend begrüßt der Vorsitzende alle Teilnehmenden und die zahlreichen Besucherinnen sowie Besucher der Sitzung. Dabei gerät die beabsichtigte Tagesordnung etwas durcheinander, da Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup nach der Weihnachtsmarkteröffnung verspätet eintrifft. Und so wird anstelle TOP 1 TOP 2 ebenso vorgezogen wie die Verpflichtung von Ortschaftsrat Detlef Hofmann. Zudem wird TOP 3 nach TOP 1 aufgerufen.

**Zu Punkt 1 der T.O.: Verpflichtung von Herrn Ortsvorsteher Weinbrecht durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup und Verpflichtung von Herrn Ortschaftsrat Hofmann durch den Ortsvorsteher  
Hier: Kenntnisnahme**

Der Vorsitzende begrüßt den Oberbürgermeister als besonderen Gast. Er heißt ihn dabei in dem Stadtteil, der das größte Entwicklungspotenzial in Sachen Wohnbebauung und Gewerbefläche für die Stadt Karlsruhe habe, recht herzlich willkommen. Neureut habe darüber hinaus aber noch weitere große Projekte, die Neureut in den nächsten Jahren beschäftigen werden, wie beispielsweise der Neubau eines Hallenbades, eventuell neue riesige Strommasten für eine 380 KV verstärkte Stromleitung auf Neureuter Gemarkung, einen Anschlussknoten für eine Querspange von der eventuellen 2 Rheinbrücke an die B 36 mit enormen Auswirkungen für Neureut, ein möglicher Bau eines Geothermiekraftwerkes etc., so der Vorsitzende.

Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup wendet sich in seiner Laudatio zuerst auch an die Ortschaftsräte. Er sei vor allem auch hier, um sie in der neuen Legislaturperiode herzlich zu begrüßen. Dr. Mentrup bedankt sich unter anderem bei ihnen dafür, dass sie bei dieser Wahl zur Verfügung standen und sie dieses Amt antreten.

Es sei für alle Stadtteile ein Gewinn, wenn es Ortsverwaltungen und Ortschaftsräte gebe, meint der Oberbürgermeister. So sei es auch nicht zufällig, dass es gerade in diesen Ortschaften eine hohe Wahlbeteiligung gegeben habe. Er betont auch die Wichtigkeit des Gremiums für die lokale Demokratie.

Der Oberbürgermeister dankt allen Ortschaftsratsmitgliedern zudem für ihr ernsthaftes Engagement, in den Wahlkampf zu gehen.

Überhaupt sei in der Kommunalpolitik einiges durcheinandergewirbelt worden. Umso bemerkenswerter sei es, dass in allen Ortschaften die bisherigen Ortsvorsteher/innen wiedergewählt wurden, bei zum Teil völlig veränderten politischen Konstellationen

habe es ein großes Vertrauen in die Amtsinhaber/innen gegeben. Dadurch gebe es eine hohe Konstanz und Kontinuität bei gleichzeitig sehr verjüngten Gremien. Dies sei ein guter Start in diese Legislaturperiode. Der Oberbürgermeister bietet alle Unterstützung an und untermauert, es gebe ein sehr gutes Arbeitsverhältnis. Es gebe genug Themen, die Neureut interessieren, aber auch für die Stadt von großer Bedeutung seien. Dazu führt er unter anderem Wohnbebauung und Schulentwicklung, Klimaschutz/Naherholung an.

Bei der Verpflichtung des Ortsvorstehers bedankt sich Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup bei ihm für die „tolle Zusammenarbeit“. Weinbrecht sei bereits seit 1974 bei der Gemeinde Neureut tätig. Er könne sich niemand in der Verwaltung vorstellen, der so beständig, treu und konsequent dem eigenen Ortsteil zur Verfügung gestanden habe. Für Neureut sei diese Kontinuität vielleicht genau das Richtige. Und schließlich als weiteren Karrieresprung Ortsvorsteher zu werden sei das Schönste, was man sich vorstellen könne, meint Dr. Mentrup an Achim Weinbrecht gewandt. Dieser kenne sich in der Verwaltung bestens aus. Dr. Mentrup persönlich und alle aus dem Rathaus freuen sich auf die weitere Zusammenarbeit!

Danach wird die Verpflichtungsformel ausgesprochen und durch Unterschrift bestätigt.

An diesem Abend befördert der Oberbürgermeister außerdem den Vorsitzenden.

Abschließend regt der Vorsitzende an, den Oberbürgermeister zu einer Fragerunde einzuladen. Dieser nimmt dankend an.

Zudem hat der Vorsitzende den **CDU-Politiker Detlef Hofmann** als Ortschaftsrat nachverpflichtet, da er in der konstituierenden Sitzung im Juli nicht anwesend war.

Er ist nach § 32 Abs. 1 der Gemeindeordnung durch den Vorsitzenden öffentlich auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten verpflichtet worden. Nach Verlesen der Verpflichtungsformel durch den Ortsvorsteher und die sich anschließende Bestätigung des Gewählten durch die Worte „Ich gelobe es“ erfolgt die Verpflichtung durch den Ortsvorsteher per Handschlag.

**Zu Punkt 2 der T.O.:      **Vorstellung von Frau Eva Gröger-Kaiser, Rektorin des  
Gymnasium Neureut  
Hier: Mündlicher Vortrag****

Recht herzlich begrüßt der Vorsitzende in dieser Sitzung die Nachfolgerin von Tilmann Hedinger, die neue Rektorin des Neureuter Gymnasiums, Eva Gröger – Kaiser. Es sei schade gewesen, so fand Weinbrecht, dass es bei der Verabschiedung von Tilmann Hedinger nicht den Raum gegeben habe, sie als neue Rektorin einzuführen. Dies sei bei der Verabschiedung nicht vorgesehen gewesen, so Gröger-Kaiser.

So erfährt das Gremium dann an diesem Abend einiges aus der Vita der in der Waldstadt wohnenden Pädagogin, die in Karlsruhe Biologie und Chemie im Lehramt studiert hatte. Nach einer Referendariatszeit in Mecklenburg-Vorpommern war sie vier Jahre im Raum Stuttgart für ihre erste Stelle als Lehrerin. Danach hatte sie 15 Jahre am Helmholtz-Gymnasium „alle Aufgaben von Schule“ inne, darunter auch die als Abteilungsleiterin für Naturwissenschaften. Weil sie meinte „das Gymnasium passt zu mir und ich zum Gymnasium“ habe sie sich auf die Schulleiterstelle in Neureut beworben. Sie freue sich und fühle sich hier auch wohl, kann sie mittlerweile attestieren. Auch habe sie vor, ihren Hund „Motte“, der nach 10 Jahren als ehrenamtlicher Rettungshund außer Dienst sei, als „Schulhund“ implantieren zu wollen, verrät sie an diesem Abend. Denn die Wirkung von Tieren auf Menschen sei „unglaublich“.

In der sich anschließenden Aussprache können die Ortschaftsräte sowie die Ortschaftsrätinnen beispielsweise erfahren, wie die neue Direktorin das Profil der Schule weiterverfolgen möchte. So soll die extreme Verbundenheit mit Frankreich durch den langjährigen Verdun-Austausch weiter erhalten bleiben. Ebenso seien Digitalisierung sowie Differenzierung wichtige Strategien. Sie wolle die Schule als „hellen, freundlichen Lebensort gestalten“, wo keine „Nachmittagsflucht“ nach Hause stattfinden solle. Die EMAS-zertifizierte Öko-Schule sei der wichtigste Punkt für ihre Bewerbung gewesen. Dazu sichert sie den beteiligten Lehrkräften ihre volle Unterstützung zu. Zudem erläutert sie auch zu Nachfragen aus der Runde des Gremiums ihre Positionen zur Artenschutzstiftung und die Unterstützung des Handwerks, wobei die Wege für den einzelnen Jugendlichen sehr unterschiedlich seien. Jedes Kind brauche einen eigenen Weg – und diese seien in Baden-Württemberg sehr vielfältig. Es gelte, sie den Schülerinnen und Schülern aufzuzeigen.

Abschließend spricht der Vorsitzende noch die „Baustelle“ Schulgebäude an. Es habe bereits Gespräche mit Hochbau und Gebäudewirtschaft (HGW) gegeben. Hier sei man auf einem guten Weg, meint er.

**Zu Punkt 3 der T.O.:      **Baumpatenschaften**  
**(Vorlage Nr.21/2019)****

Man wolle dieses Thema, so der Vorsitzende, in enger Zusammenarbeit mit den Neureuter Bürgervereinen ansprechen.

Zu dem Sachstandsbericht erläutert **Patricia Lüking, Leiterin des Neureuter Bauamtes**, in Vertretung des erkrankten Kollegen vom Karlsruher Gartenbauamt, dass das Thema „Baumpatenschaften“ im Zusammenhang mit dem Antrag der CDU-Ortschaftsrats-Fraktion „Neureut geht voran im Umwelt- und Klimaschutz. Wir pflanzen Bäume“ vom 18.02.2019 im Technischen Ausschuss am 21.05.2019 sowie in der Ortschaftsratsitzung am 02.07.2019 bereits behandelt worden war.

Die Verwaltung hatte bereits mitgeteilt, dass der Zentrale Juristische Dienst (ZJD) in Zusammenarbeit mit dem Gartenbauamt (GBA), ein vertragliches Muster für Baumpatenschaften ausarbeiten wird.

Ziel dabei ist es, Baumpatenschaften im gesamten Stadtgebiet anbieten zu können. Dem GBA wurde bereits mitgeteilt, dass auch die Ortsverwaltung Neureut an einer entsprechend rechtlich fundierten Umsetzung zum Thema Baumpatenschaften interessiert ist.

Dazu informiert Patricia Lüking zu den dem Ortschaftsrat vorliegenden zwei Varianten von Entwürfen von Mustervereinbarungen in Form der „Baumpatenschaft“ sowie der „Baumpatenschaft plus“ mit Anpflanzung und Pflege der Baumscheibe, die der jeweilige Baumpate zu unterzeichnen habe. Jedoch seien diese Entwürfe noch nicht final abgestimmt, so die Bauamtsleiterin.

Zwar haben sich in der Vergangenheit viele Neureuter Bürger bereit erklärt, Bäume zu gießen, was jedoch – juristisch betrachtet - nicht so unproblematisch sei.

So enthalten die Entwürfe beispielsweise Ausführungen zu den Aufgaben der Baumpaten, unzulässigen Handlungen, Verkehrssicherungspflicht, Haftungsbestimmungen und vieles mehr wie auch ein Merkblatt zur Sicherheitsunterweisung und die Baumschutzverordnung.

In seiner Stellungnahme erinnert **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast** daran, dass damit eine Idee des ehemaligen Ortschaftsratsmitgliedes Herbert Böllinger (CDU) aufgenommen wurde und es nunmehr vorangehe. Darüber freue er sich. Viele Neureuter Bürger hätten nachgefragt, wie sie helfen können, damit die Bäume den heißen Sommer überleben könnten und dies werde nun rechtlich auf eine sichere Basis gestellt.

Seinem Vorredner schließt sich auch **Ortschaftsrat Sebastian Kreuter** an. Man erachte die vorgestellten zwei Optionen als sinnvoll und als gangbaren Weg.

Etwas unverständlich findet es **Ortschaftsrätin Irene Moser**, dass es erst mit dem Zentralen Juristischen Dienst abgestimmt werden müsse und der Bürger /Bürgerin nicht einfach einen Baum gießen könne. Sie finde es zu weitgehend, wenn man einen Vertrag abschließen müsse, um einen Baum zu gießen.

Dennoch freue sie sich sehr, dass man diesen großen Schritt gemacht habe. Sie hoffe, dass sich die Bürgerschaft nicht von den Formalien abhalten lasse und dies den Bäumen zugute komme.

Grundsätzlich ist es eine gute Idee, lobt **Fraktionsvorsitzender Ole Reher**. Dennoch sei es gerade für ältere Bewohnerinnen und Bewohner, die das Gießen übernehmen wollen, viel zu kompliziert. Er würde sich wünschen, dass das Thema zumindest vereinfacht in einem Flyer dargestellt werde und möglichst viele Engagement zeigen, hier etwas zu tun. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass wenn es zu kompliziert sei, dies die Menschen abhalte, sich einzubringen.

Man werde versuchen in der Öffentlichkeitsarbeit dies so einfach wie möglich darzustellen, versprach der Ortsvorsteher abschließend.

**Zu Punkt 4 der T.O.:      **Flächenhaftes Naturdenkmal „Sandrasen am Grünen Weg“  
(Vorlage Nr. 22/2019)****

Zur Konzeption erklärt Alexander Bantz vom Zentralen Juristischen Dienst der Stadt Karlsruhe, habe man bereits im Mai den ersten Schritt mit der Unterschutzstellung des Gebietes „Grüner Weg West“ verwirklicht.

Nun folge der angekündigte zweite Schritt, was für die Ortschaft von besonderer Bedeutung sei, die „Neureuter Toskana“, die man als angrenzende Fläche mit einer

entsprechenden Verordnung versehen wolle. Dazu verwies er auf die Vorlagen mit Plänen und Luftbild, bei der die Flächen eingezeichnet waren.

Das Gelände sei größtenteils in städtischem Eigentum sowie in der Hand einiger, privater Eigentümer.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung seien alle entsprechend informiert. Die Stadt habe hier – das sei eine Besonderheit – wegen der ungünstigen Grundstücksverhältnisse ein Erwerbsangebot gemacht. Leider werde es sich in vielen Fällen nicht so realisieren lassen, da die Grundstückseigentumsverhältnisse sehr zersplittert seien. Die Stadt könne allerdings nur im Ganzen ein Grundstück ankaufen. Dies verwalte dann das städtische Liegenschaftsamt entsprechend. Es sei zudem eine Einwendung im Verfahren vorgelegen, diese jedoch in einem Verfahren zurückgewiesen worden.

Zudem erläutert Alexander Bantz noch einige Gesichtspunkte, wie beispielsweise die Betretung des Geländes geregelt werde: So gebe es im Süden des Gebietes eine Gartennutzung, die sich seit langen Jahren etabliert habe. Hier sei man mit der Nutzerin in Verhandlung, dass die geordnet zurückgebaut werde. Dabei sei man zuversichtlich, dies bis Mitte 2021 zu erreichen. Erhalten bleiben können trotzdem die gepflanzten Obstbäume, die ins Landschaftsbild passen.

Bantz geht anschließend auch noch auf das Thema „Besucherlenkung“ ein. Da es hier um ein Schutzgebiet von sehr hoher Wertigkeit handle, ein flächenhaftes Naturdenkmal sei ein kleines Naturschutzgebiet, wo entsprechende Regularien zum Schutz vorgesehen werden müssten. Dies beinhalte auch in gewissen Teilen ein Betretungsverbot der Fläche. Dennoch wolle man die Bevölkerung hier nicht aussperren, die Fläche solle „erlebbar“ bleiben. Sie solle nicht nur Biotop sein sondern auch der Naherholung und dem Landschaftserleben dienen. Natürlich werde der Grüne Weg, der am südlichen Ende des Schutzgebietes verlaufe, als Geh- und Radweg usw., was zur Erschließungszwecken notwendig sei, bestehen bleiben. Die weiter frequentierte Fläche führe durchaus zu Problemen mit dem Naturschutz. Deshalb wolle man dies kanalisieren. Die Überlegungen beinhalten einen „Betretungskorridor“, wobei man sich hier eine gewisse Flexibilität offenhalten wolle. So solle weiterhin die Möglichkeit gegeben sein, das Gebiet zu betreten und zu durchqueren, den Hund auszuführen – aber nicht mehr überall ins Gelände hineingehen zu können oder Hunde völlig frei laufen zu lassen. Ein weiteres Thema sei die naturpädagogische Nutzung der Fläche gewesen – diese werde weiterhin möglich sein, müsse aber in einem Schutzgebiet gesteuert und abgestimmt sein, so

beispielsweise auch mit der örtlichen Kita, die die Fläche und das Umfeld nutze. Deshalb sei in der Verordnung ein entsprechender Passus aufgenommen worden, dass naturwissenschaftliche und naturpädagogische Projekte dort möglich sind, wenn sie mit der Naturschutzbehörde abgestimmt seien.

Bevor dies fixiert werde, wolle man mit den Bürgervereinen; Naturschutzverbänden und den entsprechenden Gruppen sprechen, wie dies ausgestaltet werde, auch die Pflegemaßnahmen. Dann werde man den Korridor gemeinsam festlegen. Er sei aber noch nicht in Stein gemeißelt, wohl aber geplant und vor Ort abgesteckt, so Bantz. Die dort vorhandenen Sand- und Magerrasenflächen sollen so geschützt werden. Die Verbindung Grüner Weg wird bestehen bleiben. Auch erläutert der Fachmann hierzu die Aussagen zu landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche, wobei die bisherige Nutzung durch einen Neureuter Landwirt auch künftig zulässig sein werde. Zudem sei für die Verkehrsbetriebe eine Klausel für eine Verlängerung der Straßenbahn aufgenommen worden, falls diese nach Kirchfeld komme, dies nicht zum Hemmschuh werden könne.

Bei der Nutzung habe man weniger die Probleme bei Einzelnen, wohl aber wenn sie in Masse ausgeführt werde: Deshalb müsse man nach dem Gleichheitsgrundsatz allgemeingültige Regelungen finden, weshalb es die entsprechenden Verbote gebe. So beispielsweise Hunde außerhalb der Betretungsfläche laufen zu lassen. Und auch das Thema Drohnen, das bereits gemeldet wurde, sei dabei berücksichtigt.

Der Oberbürgermeister habe ihm vorgegriffen, so Bantz, als er im vorherigen Teil der Sitzung sagte, es gehe weiter: Als weitere Schritte wolle man an das Landschaftsschutzgebiet Neureuter Feldflur ebenso herangehen wie an das Thema Heidensee – wobei diese Bereiche, verglichen mit den bereits vorgestellten relativ kleinen, überschaubaren Flächen, doch schon größere Teile, die mit mehr Belangen behaftet seien. Vor einer Präsentation im Ortschaftsrat wolle man dies aber noch verwaltungsintern abstimmen.

Auf eine entsprechende Nachfrage von **Ortschaftsrat Sebastian Kreuter**, welche schutzwürdigen Pflanzen und Tiere das Betretungsverbot rechtfertigen, führt Bantz unter anderem den Mager- und Sandrasen an sowie auch den Eintrag von Kot durch Hunde, Aufscheuchen von Vögeln etc. Zudem sei das Thema Beruhigung vieler Arten, die einen gewissen Abstand zu Menschen benötigen, wichtig.

**Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** bedankt sich recht herzlich. Sie wisse, dass die Ausweisung von Schutzgebieten eine große Aufgabenstellung für den ZJD darstelle. Sie freue sich, dass dies nun innerhalb eines Jahres zwei Gebiete in Neureut betroffen habe. Bereits 2016 habe sie einen Umweg bei der Gemarkungsrundfahrt durch die Toskana, als es um die Bebauungsprüfflächen ging, durchgesetzt und sei dafür von einigen Kollegen und Kolleginnen belächelt worden. Damals wollte sie damit auf die Besonderheit des Gebietes hinweisen. Deshalb sei es für sie eine große Freude, dass es jetzt unter Schutz gestellt werde – natürlich mit gewissen Einschränkungen. So gehe sie davon aus, dass die „Rundumwege“ dann nicht mehr zur Verfügung stehen – dies bejaht Bantz. Es gebe dann einen zentralen Hauptverbindungsweg. Man wolle erreichen, dass es größere Flächen gebe, die zu einer Beruhigung für die Tierwelt beitragen, meint Bantz auch im Hinblick auf die Erschließung mancher Grundstücke mit PKWs.

**Hubert Kast (Fraktionsvorsitzender)** dankt auch dafür, dass es nun mit der Unterschutzstellung geklappt habe. Auf seine Nachfrage, ob der Grüne Weg offen gehalten werde, erfährt er, dass die Straße erhalten bleibe. Auch habe sich hier eine Art Wendeplatz etabliert. Manche Grundstücke werden teilweise von der anderen Seite erschlossen. Sofern sie über den Grünen Weg erschlossen werden, dürfen sie auch befahren werden. Jedoch werde es nicht einen Durchgangsverkehr oder „Nicht-Anlieger-Verkehr“ geben. Der Wunsch von Fraktionsvorsitzenden Kast nach einem Pfosten, wird mit aufgenommen in die Überlegungen der Konkretisierungen.

**Fraktionsvorsitzender Ole Reher** verbindet seinen Dank für den Vortrag mit einem Wunsch: Es könnten, wenn das Gelände entsprechend modelliert sei, Hinweisschilder mit Informationen über das Gelände, wie zu Flora und Fauna, Topographie etc., für die Bürgerinnen und Bürger installiert werden. Dies sei eine wertvolle Sache, betont er. Viele Bürgerinnen und Bürger wüssten nicht, um was für ein wertvolles Gelände bzw. Habitat es sich dabei - ähnlich wie beim Alten Flugplatz - handle. Mit entsprechenden Hinweisen könnten die Interessierten sich weiter kundig machen.

Grundsätzlich begrüße seine Fraktion auch die Unterschutzstellung, führt **Ortschaftsrat Detlef Hofmann** aus. Allerdings habe er mit der Problematik der „Begehung“ einige Schwierigkeit. Deshalb will er wissen, wer den Korridor wann festlege? So sei es vielleicht zielführender, Gebiete festzulegen, wo beispielsweise Vögel zum Brüten Ruhe benötigten? Ihm sei wichtig, auch hinsichtlich der Bewegungsförderung, den Korridor nicht zu eng zu fassen. Auch sollten die

Verhandlungen mit der Kita auf breiterer Basis geführt werden, damit Eltern etc. Bescheid wissen.

Der Begehungskorridor werde von der Naturschutzbehörde festgelegt, sagte Bantz. Gerne nehme man noch einen größeren Kreis bei der Diskussion sowie den Wunsch nach einer großzügigeren Begehung hinzu. Von der Fachseite sei es allerdings schwierig die vorgeschlagenen „Negativ-Variante“ auszuführen. Bezüglich der Kita gehe er davon aus, dass jemand von der Kita-Leitung bei der Besprechung mit dabei war. Es bedürfe auch bei deren Aktivitäten keines Antrags auf Befreiung, wenn diese einmal kommuniziert wurden. Bantz schlägt zudem vor, nochmals einen Termin mit offiziellen Vertretern der Kita zu machen.

Auf die Frage von **Ortschaftsrat Harald Denecken**, wie die Zukunft des Gartengeländes mit den weiß gestrichenen Bäumen aussehe, antwortet der Vertreter des Zentral Juristischen Dienstes, hier sei bereits ein gewisser Konsens gefunden worden.

Es gebe noch weitere Gartennutzer, mit denen sein Amt auch in Kontakt stehe. So schön der angesprochene Garten auch sei, eine solche Nutzung im Außenbereich sei nicht legal. Man sei übereingekommen, Mitte 2020/2021 das Gelände zu räumen, werde aber niemanden knebeln!

**Ortschaftsrat Rouven Stolz** fragt nach, wenn die Zufahrt der nordöstlichen Grundstücke über die Alte Kreisstraße alternativ erfolgen könne, den anderen Bereich über eine Pfostenlösung zu schließen?

Der Vorsitzende meint, vielleicht könne eine andere Lösung angeboten werden. Nach der Herausnahme der Nordtangente, wo eine Abzweigung zur Linkenheimer Landstraße geplant gewesen sei, könne auf dem dort vorhandenen städtischen Grundstück eventuell abgepfostet werden.

Es kommt mehrheitlich, bei einer Enthaltung sowie einer Gegenstimme, zum

### **Beschluss:**

Der Ortschaftsrat hat den Entwurf der unteren Naturschutzbehörde zur Abgrenzung und Unterschutzstellung des flächenhaften Naturdenkmals „Sandrasen am Grünen Weg“ in der Heide zur Kenntnis genommen und stimmt dem Erlass der Schutzgebietsverordnung zu. Weiter stimmt der Ortschaftsrat zu, dass noch Änderungen, welche nicht wesentlicher Art sind, vorgenommen werden können.

**Zu Punkt 5 der T.O.:      **Abzäunung entlang des Steilufers am Heidesees**  
**(Vorlage Nr. 23/2019)****

Bei diesem Punkt, so betont der Vorsitzende einleitend in die Thematik, handle es sich um einen „Meilenstein“ in den Bemühungen rund um den Heidesees. Es gehe um die Abzäunung des Steilufers des Sees. So gab auch das Gremium am Ende der Diskussion einhellig seine Zustimmung zum geplanten Wildschutzzaun.

Auch hier liefert **Ortsbaumeisterin Patricia Lüking** zu Beginn Erläuterungen. Demnach habe sich im September 2019 die Arbeitsgruppe Landschaftsschutz am Heidesees (AG) getroffen. Teilnehmer dieser Besprechung waren unter anderem Frau Irma Boss, als Vertreterin für den Bürgerverein Heide, Vertreter des BUND-Regionalverbands sowie Vertreter des Ortschaftsrates und der Ortsverwaltung Neureut. Eingeladen zu diesem Termin hatte Frau Ulrike Rohde vom Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz – Fachbereich Ökologie.

Unter anderem hat sich die AG darauf geeinigt, dass die Errichtung eines Wildschutzzaunes, als „transparente Absperrung“ der Böschung mit einer Höhe von ca. 1,50 m, als optimalste Lösung erscheint, um die Flora und Fauna in diesem Bereich, besser schützen zu können.

Das Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz und die Ortsverwaltung Neureut – Gartenbauabteilung könnten sich gemeinsam dieser Lösung annehmen.

Prinzipiell sei ihre Fraktion für diesen Zaun, signalisiert **Ortschaftsrätin Martina Weinbrecht**. Dennoch hege sie persönlich Zweifel daran, denn ein Zaun könne ein Hindernis bzw. Gefahr für Tiere darstellen, die sich darin verfangen könnten. In diesem Zusammenhang wies Ortschaftsrätin Siglinde Andor darauf hin, dass es sich um den selben Zaun wie am Alten Flugplatz handeln werde und hier keinerlei Fälle bekannt seien, die die Befürchtung von Martina Weinbrecht bestätigen würden.

Auch der Vorsitzende kann zwar die Bedenken nachvollziehen, weist jedoch darauf hin, dass sich die Fachleute für diese Art der Abzäunung als „optimalste Lösung“ ausgesprochen haben.

Der unauffällige Wildzaun sei die sicherere Lösung für den Steilhang des Sees, betont **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber**. Sie sei froh, dass er nun komme und dafür Geld bereitgestellt werde. Bereits im Juni habe sie dies bei der Besprechung „des runden Tisches“ zum Schutz des Heidesees intensiv gefordert. Im Hinblick, dass es auch noch unter Schutz gestellt werden solle, sei dies jetzt eine sinnvolle Lösung.

Auch **Fraktionsvorsitzender Ole Reher** findet es „prinzipiell gut“ und stimmt für seine Fraktion der Abzäunung zu. Zudem schlägt seine Fraktion vor, den Zaun an beiden Enden Richtung See noch abzukappen, damit es noch schwieriger sei, für Menschen in das Gebiet hineinzukommen. Das Steilufer sei schützenswert und seine Fraktion stimme der Maßnahme auf jeden fall zu.

**Ortschaftsrat Rouven Stolz** macht deutlich, man solle nicht nur aus „Naturschutzgründen der Abzäunung zustimmen, vielmehr gehe es auch um „Personenschutz“. Seine Befürchtungen wegen der Entsorgung von eventuell über die Umzäunung geworfenen Mülls, kann der Vorsitzende mit dem Hinweis entkräften, dass es hierfür Möglichkeiten gebe, diesen zu entfernen.

Es kommt einstimmig zum

### **Beschluss:**

Der Ortschaftsrat stimmt der Abzäunung entlang des Steilufers am Heidesees zu.

**Zu Punkt 6 der T.O.:**      **Anfrage der SPD-Ortschaftsratsfraktion vom 04.04.2019**  
**Einsatz von batteriebetriebenen Zweisystem-Straßenbahnen auf der Stadtbahnstrecke Neureut – Bahnhof Mühlburg – Hauptbahnhof**  
**Hier: Stellungnahme zum Antrag**  
**(Vorlage Nr. 24/2019)**

Man habe den Antrag der SPD-Fraktion an die Albtal-Verkehrsgesellschaft (AVG) weitergeleitet, informiert der Vorsitzende. Deren Antwort sei allen Ratsmitgliedern im Vorfeld zugegangen. Trotzdem wolle man dem Antragsteller nochmals die Gelegenheit geben, das Thema vorzutragen bzw. Stellung dazu zuzunehmen. Wie der Presse bereits zu entnehmen war, sei die Fraktion weitergehend tätig gewesen und habe einen Pressetermin anberaumt, der auf starkes Interesse gestoßen sei, auch im Hinblick auf die Wiederbelebung der Strecke insgesamt und nicht nur auf den nicht elektrifizierten Teil. Deshalb habe man das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und dem Antragsteller die Möglichkeit eines Statement einzuräumen.

Die Stadtbahnstrecke sei interessante Möglichkeit für eine Direktverbindung zum Hauptbahnhof in 12 Minuten statt jetzt in 30 Minuten. Deshalb freue sie sich, so

**Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber**, dass das Thema nun als Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden sei.

Die neue Verbindung würde drei Haltepunkte haben, nämlich Mühlburg, Westbahnhof/Hauptbahnhof. Jetzt gebe es mit der S 1/11 18 Stationen, um zum Hauptbahnhof zu gelangen. Natürlich müsste es fahrplantechnisch gut abgestimmt werden, damit es etwas bringe, so Fraktionsvorsitzende Rohhuber. Die Antwort der AVG auf den Antrag sei sehr positiv gewesen. Was Johannes Stober vom SPD-Ortsverein Neureut, der das ganze ins Rollen gebracht habe, sehr erfreut hat. Denn der Streckabschnitt von Neureut nach Mühlburg stehe im Eigentum der AVG. Damit seien viele Hindernisse schon aus dem Weg geräumt und das Projekt stelle sich somit nicht so unrealistisch dar. Allerdings fehlen einerseits noch Fördermöglichkeiten durch das Land für eine Zusammenarbeit der AVG mit Betrieben, die die batteriebetriebenen Straßenbahnen entwickeln. Zum anderen wären natürlich auch Bundesmittel wertvoll, die das Ganze unterstützen. Es sei auch zu überlegen, ob man die Strecke elektrifizieren solle. Man hätte den Riesenvorteil, dass schon eine Trasse vorhanden wäre und vom Aufwand her viel geringer für eine gute Umfahrung der Innenstadt zu schaffen sei als wenn neue Trassen entwickelt werden müssten. Damit könne der Nah- und vor allem der Fernverkehr gefördert werden.

**Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** meint, seine Fraktion halte es für sehr sinnvoll, diese Trasse wiederzubeleben und dankt für den Antrag. Es sei sicher eine sehr gute Sache für die Neureuter Bürgerinnen und Bürger, wenn es eine schnelle Verbindung zum Hauptbahnhof gebe. Sehr wohl überdenken müsse man aber die batteriebetriebenen Zweisystem-Straßenbahnen, gerade bei dem relativ kurzen Trassenstück, das ausgebaut werden müsste, im Hinblick auf die Ressourcen, die bei diesem batteriebetriebenen System eingebracht werden müssten. Dies sei enorm. Deshalb müsste auch hinterfragt werden, ob dieses System das richtige für diese Strecke sei.

Grundsätzlich halte es seine Fraktion jedoch für sinnvoll, diese Strecke wiederzubeleben, wobei hinter das batteriebetriebene System ein großes Fragezeichen zu setzen sei!

Auch **Fraktionsvorsitzender Hubert Kast** hegt die Hoffnung, dass die Strecke wiederbelebt werde und sagt Dank für den Antrag der SPD.

Nicht nur für Neureuter sei die Strecke interessant, sondern auch für Eggensteiner, Leopoldshafener, Hochstettener usw. So könne der öffentliche Verkehr gefördert werden und die Energiewende gelingen.

Es dürfe kein Grund sein, dass die Strecke nicht wiederbelebt werde, so widerspricht er seinem Vorredner, weil die Strecke erst elektrifiziert werden müsse oder akku- bzw. wasserstoffbetriebe Straßenbahnen benötige.

Für seine Fraktion befürwortet **Vorsitzender Ole Reher** den Antrag grundsätzlich.

Eine Erweiterung des Karlsruher Schienenverkehrs – das ist keine Frage – unterstütze seine Fraktion, so Reher. Gleichzeitig habe man sich jedoch auch gefragt, ob eine Bedarfsermittlung durchgeführt wurde oder diese noch erfolgen werde. Auch unter dem Aspekt, ist dazu beispielsweise die Untere Hardt mit Graben-Neudorf miteingebunden? Zudem habe man sich überlegt, wenn man sich zwar 12,14 Minuten einsparen, könne brauche derjenige, der am Hauptbahnhof ankomme, eine Weiterverbindung. So habe dann ein Fahrgast eventuell aus Neureut 14 Minuten eingespart, warte dann ab 40 Minuten auf den Anschluss. Dies möge alles noch geprüft werden – dennoch stimme die FDP dem Antrag zu.

Es kommt einstimmig zum

### **Ergebnis:**

Der Ortschaftsrat nimmt den Sachstand mit den entsprechenden Bemerkungen zur Kenntnis.

## **Zu Punkt 7 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung**

### **7.1 Der Vorsitzende informiert:**

- Verkehrsmaßnahme:

Die Spöcker Straße konnte ab dem Brunhilde-Baur-Haus mit Tempo 30 belegt werden. Gleichzeitig ist der Grünstreifen, der als Entwässerungsstreifen dient, mit Absperrbügeln versehen worden, damit dort nicht mehr geparkt werden kann (wie in den „Neureuter Nachrichten“ zu lesen sein wird). Die Situation werde sich dadurch dort, wo ein gut frequentierter Kindergarten vorhanden ist, entsprechend entspannen.

Auf Nachfrage von Ortschaftsrat Harald Denecken wird erläutert, dass diese Maßnahme aus städtischen Mitteln finanziert wurde und es sich bei den

Bügeln nicht um – wie von einigen Bürgern vermutet – Edelmetall handle, sondern um verzinktem Stahl.

- Auf Nachfrage beim Gartenbauamt habe die Ortsverwaltung eine weitere, positive Nachricht hinsichtlich des Hermann-Meinzer-Parkes erreicht: Die Planung und Ausschreibung werde in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres erfolgen, und die Arbeiten werden, sofern es einen Zuschlag gebe, ebenfalls in 2020 beginnen.
- Ab sofort seien gemäß einer Mitteilung von nussbaum-medien Einleger in die „Neureuter Nachrichten“ möglich. In diesem Zusammenhang gibt Ortschaftsrat Dieter König bekannt, dass die Neureuter Nachrichten nach Registrierung auf „lokalmatador.de“ online zur Verfügung stehen.
- Die Kurzzeitparkplätze (Reisebüro, Tierbedarfsgeschäft) in der Unterfeldstraße seien im Zuge des barrierefreien Umbaus der Haltestellen in den Bärenweg verlegt worden. Die sei eine gute Lösung, denn auch der Busverkehr könne ungehindert stattfinden.

## **Zu Punkt 8 der T.O.:      **Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat****

### **8.1**

#### **Ortschaftsrat Harald Denecken**

a)

möchte wissen, wann Edeka am Neureuter Platz saniert werde?

#### **Antwort:**

Nachdem die Edeka-Zentrale entschieden habe, das Weihnachtsgeschäft mitzunehmen, was noch ausgestanden war, werden die Abrissarbeiten Ende Januar/Anfang Februar erfolgen. Bei der Bauzeit beabsichtigt Edeka in 12 Monaten wieder zu eröffnen:

b)

Zudem informiert **Ortschaftsrat Harald Denecken**, dass die Arbeitsförderungsbetriebe ein Ladengeschäft in Neureut belegt haben. Es sei schön,

dass diese nun in Neureut seien – was sicherlich für einige Neureuter Bürger sehr wichtig sei.

Man habe den Arbeitsförderungsbetrieben angeboten, ihre Lieferfahrzeuge auf dem Festplatz abstellen zu können, so der Vorsitzende ergänzend.

## 8.2

**Ortschaftsrat Ole Reher** meint, dass die FDP gerne einen Antrag stellen möchte, den sie heute aber nicht schriftlich dabei habe. Es handle sich darum, spätestens Anfang des neuen Jahres ein Gesamtkonzept für den Neureuter Hauptfriedhof vorzustellen. Die Wegesituation sei dort bedenklich, es sehe aus wie auf einem „Verkehrsübungsplatz“.

### Antwort:

Der Antrag wird gerne entgegengenommen, allerdings bestehe dieser Antrag bereits und die Zusage des Friedhofs- und Bestattungsamtes der Stadt Karlsruhe sowie der Ortsverwaltung. In Teilen sei die Verwaltung bereits dabei, dieses nicht ganz einfache Thema aufzuarbeiten.

**Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** erwähnt, dass ein Antrag hierzu auch von der CDU-Fraktion vorliege.

Auch **Ortschaftsrat Dieter König** weist besonderes im nördlichen Teil auf die untragbaren Zustände hin – besonders für Menschen mit Rollator, die den Friedhof besuchen.

Der Ortschaftsrat, so der Vorsitzende erklärend, konnte sich auch noch nicht für eine andere Lösung der Wegeführung entscheiden.

## 8.3

**Fraktionsvorsitzender Hubert Kast** fragt nach, da im nächsten Frühjahr die Alte Bahnlinie wegen Krötenwanderung mit Schranken gesperrt werde, ob hier auch zur Bedienung Personal von der Ortsverwaltung abgestellt werde. Über das Umweltamt sei beim Arbeitskreis Landschaftsschutz nach Freiwilligen hierzu nachgefragt worden, wer morgens und abends die Schranke schließt. Ortschaftsrat Bernd Kalusche und er haben sich dafür bereits gemeldet.

### Antwort:

Am 18.12. gibt es hierzu noch ein Abstimmungsgespräch mit der Stadt, erläutert der Vorsitzende. Noch stehe nicht fest, was dort überhaupt gemacht werde. Im Übrigen werde noch der Ortschaftsrat sowie der Bürgerverein Neureut Heide dazu gehört. Der Vorsitzende möchte Ortschaftsrat und Bürgerverein mit im Boot für eine

einvernehmliche Lösung haben, mit der alle leben können. Erst dann komme man zu eventuell Freiwilligen-Lösungen. Es habe auch einen Einspruch gegeben, der sich gegen die Sperrung zugunsten der Krötenwanderung wandte, erinnert der Vorsitzende.

In diesem Zusammenhang erinnert **Ortschaftsrat Dieter König** an die von der FDP-Fraktion gegebene Anregung, dass rechtzeitig eine „Tunnellösung“, zu überprüfen wäre.

Auch dies, gibt der Vorsitzende bekannt, sei Bestandteil der Besprechungen.

#### 8.4

**Ortschaftsrätin Siglinde Andor** fragt nach wegen der Sitzungstermine 2020.

**Antwort:**

In den nächsten Tagen werden die Termine den Räten zukommen.

#### 8.5

**Ortschaftsrat Harald Denecken** will wissen, ob es richtig sei, dass die Wildtierauffangstation Heimat in Neureut finde?

**Antwort:**

Dies sei noch nicht ganz richtig. Näheres erfolge unter „Verschiedenes“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

#### 8.6

**Ortschaftsrat Dieter König**

a)

bedankt sich für die schnelle Entfernung eines Werbeplakats in der Moldaustraße. Hier sei, als es noch aufgehängt war, ein Unfall passiert.

b)

regt an, wie bei Pflanzen von Bäumen durch die Stadt Karlsruhe, dass hierbei ein Ring um das Erdreich gesetzt werde. Das sei sinnvoll und gerade bei der Bewässerung hilfreich. Zudem bittet er darum, rechtzeitig mit der FF Neureut über die Bewässerungsthematik zu sprechen, damit dies im nächsten Sommer funktioniere.

c)

Nach wie vor sei es an der Rembrandtstraße/ Querung Bärenweg sehr gefährlich, weil dort große LKWs stehen, obwohl es hier schon Gespräche mit der Firma und der Ortsverwaltung gegeben habe.

d)

weist auf die Homepage der Ortsverwaltung hin und bittet, sie zu überarbeiten. Hier stehe noch auf der ersten Seite „Ideen 2020“. Zudem möge ein Bild des neuen Ortschaftsrates eingestellt werden. Insgesamt solle die Homepage aufgepeppt und aktualisiert werden.

**Antworten zu:**

b)

Überprüfung zugesagt. Zudem sei mit der FF Neureut bereits in Gesprächen, wie dem Ortschaftsrat schon mitgeteilt, die Eckpunkte zur Bewässerung bereits abgestimmt worden. Nun liege es an der Feuerwehr einen Einsatzplan vorzulegen. Die Feuerwehr werde dabei von der Ortsverwaltung logistisch unterstützt werden. Der Vorsitzende bittet den Ortschaftsrat und Alterskamerad der Feuerwehr, hier auch vermittelnd tätig zu werden.

c)

Das Thema steht auf der Tagesordnung der Sitzung am 3. Dezember 2019. Nähere Erläuterungen hierzu gibt es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

d)

Aktualisierung zugesagt. Allerdings verfüge Neureut über keine eigene Homepage mehr, diese ist in die städtische Seite integriert bzw. verlinkt und kann deshalb nicht aufgepeppt werden. Sie unterliegt dem „Corporate Design“ der Stadt Karlsruhe.

---

Der Vorsitzende

---

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: